



Ausschusses für Kommunalpolitik

106. Sitzung (öffentlich)

25. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:05 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 2, 4 und 7 für heute abzusetzen.

1 Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9519

Vorlage 16/3244

Ausschussprotokoll 16/987

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN wird der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

2 Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8293

Ausschussprotokoll 16/956

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieser Tagesordnungspunkt wird eingangs der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9517

Stellungnahme 16/3040 (AG kommunaler Spitzenverbände)
Stellungnahme 16/3017 (LVR und Rheinische Versorgungskasse)
Stellungnahme 16/3035 (LWL und Westfälische Zusatzversorgungskasse)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN einstimmig zu.

4 Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle 10

Vorlage 16/2860
Vorlage 16/2957

- Ausschussprotokoll 16/980
- Herstellen des Benehmens

Eingangs der Sitzung kommt der Ausschuss überein, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

- 5 Ländlicher Raum darf bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden – Land muss Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen 11**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8982
- Stellungnahme 16/3016 (Städte- und Gemeindebund/Landkreistag)
- Diskussion 11
- 6 Mehr Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik – Bearbeitungsstau beenden, Verfahren beschleunigen, Einwanderung vom West-Balkan steuern 13**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9512
- Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.
- 7 Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nummer 1 GewStG in der Fassung des Unternehmenssteuergesetzes 2008 vom 14. August 2007. 14**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9579
- Eingangs der Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.
- 8 Droht das Erreichen der Belastungsgrenze der Unterbringungsinfrastruktur in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen? 15**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3243

Nach Abhandlung der Tagesordnung**16****Nächste Sitzungen: 1. Oktober 2015 und 30. Oktober 2015.****16**

Nach Abhandlung der Tagesordnung

weist **Vorsitzender Christian Dahm** darauf hin, dass sich die Landtagsfraktionen darauf verständigt hätten, das 3. Nachtragshaushaltsgesetz in Verbindung mit dem 8. Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in einem verkürzten Verfahren zu beraten. So solle die erste Lesung am 30. September 2015 unter TOP 1 der Plenarsitzung und die zweite und dritte Lesung am 1. Oktober 2015 unter TOP 9 der Plenarsitzung behandelt werden.

Bei beiden Gesetzentwürfen sei der Ausschuss für Kommunalpolitik mitberatend. Daher werde der Ausschuss gemeinsam mit dem Haushalts- und Finanzausschuss, dem Unterausschuss Personal sowie dem Innenausschuss im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung am 1. Oktober 2015 vor dem Plenum ab 08:30 Uhr tagen und zu beiden Gesetzentwürfen das Votum abgeben.

Nächste Sitzungen: 1. Oktober 2015 und 30. Oktober 2015.

gez. Christian Dahm
Vorsitzender

02.11.2015/ 04.11.2015

160

